



Die Bundes- und Landtagsabgeordneten von SPD, Grünen und FDP in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen kritisieren die heutigen Äußerungen von Jessica Tatti im Reutlinger Generalanzeiger:

Opposition und Widerspruch zur Ukrainepolitik der Bundesrepublik sind in einer Demokratie immer legitim. Aber Jessica Tatti stellt an mehreren Stellen in ihrem Interview unwahre Behauptungen auf, die wir so nicht stehen lassen wollen:

1. Es hat nie ein Versprechen gegeben, den osteuropäischen Staaten einen Beitritt zur NATO zu verweigern. Die These, die russische Politik sei eine erwartbare und daher auch verständliche Reaktion auf die NATO-Osterweiterung, ist falsch. Russland hat in der Schlussakte von Helsinki von 1975, der Charta von Paris für ein Neues Europa von 1990, der NATO-Russland-Grundakte von 1997 oder der Europäischen Sicherheitscharta von 1999 immer wieder das Recht zur freien Bündniswahl aller Staaten anerkannt.
2. Der ehemalige israelische Premierminister Naftali Bennett hat nicht behauptet, dass Großbritannien und die Vereinigten Staaten im März 2022 einen Waffenstillstand verhindert hätten. Bennett selbst gab einem Kompromiss zwischen Russland und der Ukraine rückblickend eine 50-prozentige Erfolgchance. Die USA und Großbritannien seien deutlich skeptischer gewesen, hätten aber einem Waffenstillstand nicht im Weg gestanden. Es sei aber vor allem das Massaker von Butscha gewesen, bei dem mehrere hundert ukrainische Zivilisten von russischen Truppen gefoltert und ermordet wurden, das weitere ukrainisch-russische Waffenstillstandsverhandlungen unmöglich gemacht hätten.

Jessica Tatti versucht am Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine die Verantwortung Russlands für den Krieg in der Ukraine zu relativieren. Sie lässt unerwähnt:

1. Dass der russische Präsident in einem tiefnationalistischen und pseudohistorischen Essay 2021 die Existenz der Ukraine als eigene Nation infrage stellte und die Auffassung vertrat, dass die gegenwärtige Regierung des Landes von westlichen Verschwörungen gesteuert sei.
2. Dass insbesondere Deutschland und Frankreich im Rahmen des Normandie-Formats jahrelang für eine diplomatische Lösung eingetreten sind. Noch eine Woche vor Beginn des Krieges war Bundeskanzler Olaf Scholz persönlich in Moskau, um einen Kompromiss zu finden.
3. Dass Russland selbst momentan nicht bereit für Verhandlungen ist. Erst Mitte Januar hat Russlands Außenminister Lawrow Verhandlungen mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj eine klare Absage erteilt.

Rudi Fischer MdL

Cindy Holmberg MdL

Dr. Dorothea Kliche-Behnke MdL

Pascal Kober MdB

Christian Kühn MdB

Daniel Lede Abal MdL

Beate Müller-Gemmeke MdB

Thomas Poreski MdL

Dr. Martin Rosemann MdB